

Rheinland-
Pfalz

SPD

Gerecht, sozial und kritisch.

Wir sind die Arbeitsgemeinschaften
der SPD in Rheinland-Pfalz.

Die Arbeitsgemeinschaften der
SPD Rheinland-Pfalz
stellen sich vor.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Arbeitsgemeinschaften in der SPD Rheinland-Pfalz arbeiten innerhalb und außerhalb der SPD für eine soziale, gerechte und friedliebende Gesellschaft. Dazu sprechen wir die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen unserer Gesellschaft an. Wir verfügen über Kompetenz und Kontakte in diese Bereiche und setzen sie als Partei der sozialen Gerechtigkeit ein.

Nur mit der SPD kann unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, gerechter und sozialer werden. Deshalb unterstützen wir Martin Schulz und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag.

Auf den folgenden Seiten lesen Sie unsere Schwerpunkte zur Bundestagswahl am 24. September 2017.

Wir bitten Sie: Nehmen Sie sich die Zeit zur Lektüre und vor allem - gehen Sie wählen.

Ihre

Arbeitsgemeinschaft 60 Plus, Günther Ramsauer

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, AfA, Michael Jung

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, AsF, Anke Schneider

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, Jusos, Umut Kurt

Arbeitsgemeinschaft für Bildung, AfB, Christian Goldschmitt

Arbeitsgemeinschaft für Selbstständige, AGS, Bernhard Kimmle

Arbeitsgemeinschaft im Gesundheitswesen, ASG, Jan Schabbeck

Arbeitsgemeinschaft der Juristen, AsJ, Karin Hanel und Johannes Barrot

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, Ziya Yüksel

Arbeitsgemeinschaft SPDqueer, Joachim Schulte

Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv, Anne Kleinschnieder

Die SPD 60 plus versteht sich als Gruppierung der Älteren innerhalb der SPD, die inhaltliche Impulse und Anregungen für die SPD gibt und zugleich Vermittlerin zu den Älteren in anderen Organisationen, Verbänden und Institutionen sein will. Diese Vernetzung der Altenarbeit innerhalb und außerhalb der SPD findet durch unterschiedlichste Projekte und Initiativen statt.

Die AG SPD 60 plus verschafft sich auf Parteitage Gehör. Es ist der Arbeit der Älteren in der SPD zu verdanken, dass die Themen demographischer Wandel und Generationensolidarität breiten Raum einnehmen. Wir engagieren uns mit und für ältere Menschen. Wir gestalten im Miteinander der Generationen den gesellschaftlichen Wandel. Davon profitieren wir alle.

Die Älteren, die in der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus mitarbeiten, spiegeln die älter werdende Bevölkerung in der Bundesrepublik wider: Es sind Berufstätige, VorruheständlerInnen, RentnerInnen, PensionärInnen, Familienfrauen und -männer. Sie alle haben unterschiedliche Lebenserfahrungen und auch unterschiedliche Auffassungen, die sie in die AG SPD 60 plus einbringen.

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ist damit der Ort, an dem Zielvorstellungen für eine älter werdende Bevölkerung, Positionen und Programme der SPD vorgebracht und vorformuliert werden. Das bedeutet, dass das Programm der AG SPD 60 plus nicht immer und in allen Teilen identisch ist mit dem, was die SPD will. Anders ausgedrückt: Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ist in ihren Positionen der SPD auch oft ein Stück voraus. Manches davon findet Eingang in Programme und in die tägliche Arbeit in der Partei.

Unser Ziel ist es, einerseits die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten, das Engagement der Älteren zu fördern und andererseits den Zusammenhalt der Generationen politisch zu stützen.

Deshalb kämpfen wir:

- # Für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft
- # Für mehr Solidarität zwischen Jung und Alt
- # Für eine starke gesetzliche Rente
- # Für eine gute Bürgerversicherung in Pflege und Gesundheit
- # Für mehr Gerechtigkeit und Teilhabe
- # Gegen Hass und Hetze, für Freiheit und Demokratie

Mail: 60Plus.rlp@spd.de

In der AfA engagieren sich politisch interessierte ArbeitnehmerInnen, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, JAV'ler. Gemeinsames Ziel: In der SPD für existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eintreten und die Errungenschaften unseres Sozialstaates sichern und ausbauen. Wir mischen uns in aktuelle politische Diskussionen ein und organisieren Veranstaltungen. wir machen Vorschläge und äußern uns zu aktuellen Gesetzgebungsprozessen. Für uns ist klar: Nur eine starke SPD an der Regierung kann die Interessen der ArbeitnehmerInnen durchsetzen. Deshalb müssen wir ...

- # Tarifbindung erhöhen und schützen: Voraussetzung für gute Löhne und Arbeitsbedingungen in allen Branchen ist eine hohe Tarifbindung. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen muss weiter erleichtert und präzisiert werden. Die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen ist ebenso notwendig wie ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.
- # Reguläre Beschäftigungsverhältnisse stärken :Das Normalarbeitsverhältnis, unbefristet, sozial abgesichert und tariflich bezahlt, muss wieder zum Normalfall werden. Befristungen ohne sachlichen Grund sind abzuschaffen.
- # Mehr Demokratie im Betrieb schaffen - Mitbestimmung ausbauen: Nur mit einer gestärkten Mitbestimmung im Unternehmen kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich und menschengerecht gestaltet werden. Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland müssen in deutsches Mitbestimmungsrecht einbezogen werden. Die Behinderung von Betriebsrats- und Personalratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt und muss stärker verfolgt werden. Deutlich stärkere Mitbestimmungsrechte bei Leiharbeit/ und Werkverträgen verringert die zunehmende Zersplitterung von Belegschaften. ArbeitnehmerInnen entlasten.
- # Wir wollen, dass alle BürgerInnen auf die gleiche Weise versichert sind. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung müssen wieder paritätisch getragen werden.
- # Renten sichern: Ein langes Arbeitsleben muss im Alter zu einer Absicherung führen, die den bisherigen Lebensstandard garantiert. Deshalb darf das Rentenniveau nicht weiter sinken, sondern muss vorerst stabilisiert werden. Weitere Verbesserungen sind auch zur Sicherung des Erwerbsminderungsrisikos notwendig.

Mail: afa.rlp@spd.de



Wir wollen endlich gleichen Lohn für gleich(wertig)e Arbeit, paritätische Besetzung von Führungspositionen und gleiche Aufstiegschancen, partnerschaftliche Teilung von Beruf und familiärer Sorge, Überwindung der Rentenlücke und ein geschlechtergerechtes Steuerrecht.

Bei wichtigen gleichstellungspolitischen Vorhaben, die die konkrete Lebenssituation von Frauen und Männern verbessern könnten, blockiert die Union, die in Teilen noch in den Rollenbildern des letzten Jahrhunderts lebt. Die Union verhinderte das Rückkehrrecht von Teilzeit zur alten Arbeitszeit und die Einführung einer Solidarrente, von der insbesondere Frauen profitieren würden.

An die Fortschritte, die die SPD in der Regierungsbeteiligung erreicht hat, wird sie anknüpfen können: neben dem Rückkehrrecht aus Teilzeit zur früheren Arbeitszeit und einer deutlichen Verbesserung der Alterssicherung von Frauen, gibt es nach den ersten Erfolgen bei Frauen und Führungspositionen und bei der Entgeltgleichheit weiteren Handlungsbedarf. Unser Ziel bleibt die Parität und ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz mit einem Verbandsklagerecht. Für die partnerschaftliche Vereinbarung von Beruf und Familie fordern wir die Familienarbeitszeit und verlässliche Ganztagsangebote für Kinder.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Voraussetzung für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft und für nachhaltiges Wachstum. Sie ist ein Gewinn nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft.

Die Gleichstellungspolitik muss endlich in allen Bereichen konsequent als Querschnittsaufgabe wahrgenommen und alle Maßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen - nicht nur in der Familienpolitik, sondern auch in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Steuer- und Haushaltspolitik oder der Bildungs- und Rechtspolitik.

Mail: asf.rlp@spd.de

Wir Jusos Rheinland-Pfalz bilden mit über 4000 Mitgliedern die Jugendorganisation der SPD. Wir sind junge Menschen im Alter von 14-35, die sich für Politik interessieren, gerne diskutieren und sich für eine offene, bunte und sozial gerechte Gesellschaft einsetzen. Wir gehen gemeinsam auf die Straße und stellen uns gegen Rechtspopulismus, Nazis, Hass sowie Hetze und all jene Personen, die gegen eine moderne Gesellschaft sind.

Wir machen Jugendpolitik vor Ort - zum Beispiel in Jugendgremien oder in den kommunalen Parlamenten und bringen so unsere Visionen einer jugendgerechten Politik aktiv ein. Wir wissen was junge Leute umtreibt. Für uns ist klar:

- # Wir kämpfen für gleichwertige und gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land – sowohl bei Mieten, beim ÖPNV, bei der gesundheitlichen Versorgung oder bei der Planbarkeit von Schule, Studium oder Arbeit. Politik muss entsprechende Rahmenbedingungen für eine sichere und tragfähige Zukunft leisten.
- # Bildungserfolg darf weder vom Geldbeutel noch von der Herkunft der Eltern abhängig sein. Deswegen setzen wir uns für gebührenfreie Bildung ein – von der Kita, über das Hochschulstudium, bis hin zum Master und zur Meisterfortbildung. Wir wollen die besten Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder Mensch seinen eigenen individuellen Weg gehen kann.
- # Wir machen uns stark für die digitale Revolution! Dazu gehört für uns, dass unsere Bildungseinrichtungen und Verwaltungen im Land auf neue Methoden und Techniken umrüsten.
- # Wir engagieren uns für eine humanitäre, europäische und verantwortungsbewusste Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Der Sachverhalt muss unserer Ansicht nach ganzheitlich angegangen werden. Hierzu zählen für uns insbesondere die Friedens- und Entwicklungspolitik, um Fluchtursachen langfristig und nachhaltig zu bekämpfen.
- # Wir wollen mehr Sicherheit bei der Planung des Berufseinstiegs und der Berufsausübung. Die sachgrundlose Befristung gehört abgeschafft.
- # Wir fordern, dass Frauen genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen und die gleichen Aufstiegschancen erhalten. Gerechtigkeit darf bei der Bezahlung von Männern und Frauen keine Ausnahme machen.

Mail: info@jusos-rlp.de

Wir setzen uns für ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem in Deutschland ein. Unser Ziel ist es, für alle Menschen gleiche Chancen auf eine gute Bildung zu schaffen. Denn gute Bildung ist der Schlüssel für eine Zukunft in Wohlstand, Selbstbestimmung und Demokratie - sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft insgesamt.

Bei der Bundestagswahl gilt es die Weichen zu stellen, dass der Bund die Bildungspolitik der Länder unterstützt und fördert. Daher setzen wir uns für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbots ein, welches derzeit dem Bund verbietet, finanzielle Unterstützungsleistungen den Ländern im Bildungsbereich zur Verfügung zu stellen. Unsere bildungspolitischen Ziele sind u.a.:

- # Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.
- # umfassendere und bessere Bildung und Betreuung für die Kleinsten, bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.
- # längeres gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule ohne Ausgrenzung.
- # neue und bessere Aus- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher
- # Aufwertung des Erzieherberufs, gesetzlich garantiertes Recht auf berufliche Ausbildung für alle jungen Menschen.
- # demokratische und soziale Hochschulen mit hoher Qualität der Lehre, systematische Aufwertung von Fort- und Weiterbildung im Sinne von wirklich lebensbegleitendem Lernen.

Mail: afb.rlp@spd.de

Die AGS setzt sich ein für:

eine Unternehmensethik, die sich am ehrbaren Kaufmann und nicht an einem kurzfristigen und renditegetriebenen Shareholder-Value orientiert.

Wir wollen

- # eine Finanzpolitik, die dem Mittelstand ausreichenden Zugang zum Kapitalmarkt sichert und die Finanzspekulation eindämmt.
- # eine Wirtschaftspolitik, die Bürokratie auf ein notwendiges Maß beschränkt und auch dem Mittelstand den Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglicht.
- # eine Umweltpolitik, die sich an den Zielen eines nachhaltigen Wachstums orientiert und die Ressourcen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen ausbeutet.
- # eine Bildungspolitik, die allen Jugendlichen einen optimalen und kostenfreien Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet.
- # eine Sozialpolitik, die auch die Risiken der Selbstständigkeit solidarisch abfedert.

Mail: ags.rlp@spd.de

Unsere Verantwortung Ihnen gegenüber:

- # Bürgernahe Gesundheitspolitik.
- # Gesundheitspolitik leistet einen Beitrag zur Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft (Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege).
- # Starke stehen für Schwache ein,
Gesunde für Kranke,
Junge für Alte und
Einkommensstärkere für Einkommensschwächere
Gesundheitspolitik ist mehr als Krankenversicherungspolitik.
- # Gesundheitspolitische Ziele und Anliegen müssen auch in andere Politikbereiche einfließen.
- # Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität und ein wesentlicher Produktivitätsfaktor.
- # Qualitätssicherung und Stärkung der Patientenrechte.
- # Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.
- # Gute und menschenwürdige Pflege.
- # Gesundheitliche Chancengleichheit durch konsequente Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung.
- # Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.

Mail: asg.rlp@spd.de

In der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) treffen und organisieren sich rechtspolitisch interessierte Mitglieder der SPD und diskutieren engagiert über verschiedenste rechtspolitische Themen. Die Themenvielfalt reicht von bundespolitischen, landespolitischen oder auch kommunalpolitischen Themen mit rechtspolitischem Bezug. Dabei kann es ebenso um die Rechtsbeziehungen zwischen Privaten untereinander gehen wie auch das grundsätzliche Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Die Gewährung von Bürger- und Grundfreiheiten ist uns ebenso wichtig wie ein angemessenes Verhältnis zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Ausgestaltung und Weiterentwicklung unseres sozialen Rechtsstaats ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir mischen uns in tagesaktuelle politische Diskussionen ein, organisieren aber auch Veranstaltungen zu grundlegenden Themen, wir geben Ideen für eine moderne Rechtspolitik und äußern uns zu aktuellen Gesetzgebungsprozessen. In Bezirken, Landesverbänden und auf Bundesebene arbeiten wir kritisch und konstruktiv mit. In Rheinland-Pfalz bieten wir in Trier, Koblenz, Mainz und Kaiserslautern regelmäßig stattfindende Stammtische zu rechtspolitischen Themen an.

Mail: asj.rlp@spd.de



Die Programmatik der SPD in den Themenbereichen Migration und Teilhabe ist weiterzuentwickeln! Insbesondere ist

- # an einem Netzwerk für Vielfalt zu stricken, damit die gesellschaftliche Vielfalt in den Themen, aber auch am Personal erkennbar wird.
- # als Bindeglied der Sozialdemokratie in die Einwanderungsgesellschaft und insbesondere in die Migrantenselbstorganisationen aufzubauen.
- # als starke Stimme der Einwanderungsgesellschaft in den öffentlichen Debatten zu etablieren.
- # Förderung der Chancengleichheit von Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig von ihrer sozialen Lage, Herkunft, Geschlecht, sexuellen Identität, Religion oder Weltanschauung.
- # Partizipation und Vielfalt innerhalb der SPD vorantreiben um interkulturelle Öffnung zu erreichen.

Mail: muv.rlp@spd.de



Selbstbewusstsein und politisches Engagement sind nötig, um ein selbst bestimmtes Leben als Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Inter*Personen und Heterosexuelle in unserer Gesellschaft zu leben. Der Erfolg, der mit der „Ehe für alle“ erreicht wurde, hat gezeigt: der Kampf um Gerechtigkeit lässt sich nicht unterdrücken – selbst wenn er viele Jahrzehnte dauert, denn Menschenrechte sind universal und nicht verhandelbar. In diesem Sinne setzen wir uns für eine Ergänzung von Artikel, 3 Abs. 3 des Grundgesetzes ein, damit niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden darf. Auch das Transsexuellengesetz muss auf der Basis der Selbstbestimmung der geschlechtlichen Identität reformiert werden. Denn gleiche Rechte sind das Fundament der Gerechtigkeit auf dem gesellschaftliche Akzeptanz aufbauen kann.

Dafür setzt sich SPDqueer Rheinland-Pfalz ein:

- # Es darf in Zukunft keine Ausbildung mehr geben, ob im Handwerk, in der Industrie, in den sozialen Berufen oder den Bildungsberufen, bei dem nicht das Grundverständnis für Vielfalt als Bereicherung unseres Zusammenlebens in unserer Demokratie vermittelt wird. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Inter*Personen gehören selbstverständlich dazu. Das muss sich endlich auch in Schulbüchern und Lehrplänen zeigen.
- # Wir brauchen Schutz am Arbeitsplatz: nur ein Drittel aller Lesben, Schwulen Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen lebt so selbstverständlich offen, wie es jede/r Heterosexuelle tut.
- # Immer noch gibt es das Tabu sich im Profisport nicht outen zu können, das gilt teilweise auch im Breitensport.
- # Viele, die sich für rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt einsetzen, tun dies oft seit Jahrzehnten ehrenamtlich. Dieses Engagement braucht hauptamtliche Unterstützung um langfristig erfolgreich zu sein.

SPDqueer Rheinland-Pfalz begrüßt die „Strategie Vielfalt“ der Landesregierung. Verbindlich für alle Ministerien lehnt sie jegliche Form der Diskriminierung und Ausgrenzung ab. Der Aktionsplan „Rheinland Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle und die Benennung der bundesweit ersten „Beauftragen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität“ unterstützen diese Ziele.

Aber es liegt noch eine gewaltige Aufgabe vor uns: Wir wollen Akzeptanz in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Mail: queer.sozisrlp@spd.de

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft auf allen Ebenen ein:

- # Bildung
- # Sozialpolitik
- # Arbeit
- # Gesundheit und Pflege
- # Wohnen
- # Verkehr
- # Kultur und Tourismus
- # und mehr.

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention.

Wir wenden uns gegen das alte Fürsorgedenken.

Wir sind selbstbewusst und selbst aktiv.

Wir wollen Barrierefreiheit nicht nur in Bezug auf Mobilität, sondern für jede Art von Hindernissen zur Teilhabe.

Vor allem sind wir für Barrierefreiheit in den Köpfen!

Wir sensibilisieren die politischen Entscheidungsträger für die immer noch bestehende alltägliche Diskriminierung.

Wir mischen uns ein, kommunal, landes- und bundespolitisch.

Mail: SelbstAktiv.RLP@spd.de

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaften der SPD-Rheinland-Pfalz
Michaela Martin
Klarastraße 15a
55116 Mainz

Tel. (06355) 43 60 473
Mail: michaela.martin@spd.de

Rheinland-
Pfalz

SPD